



KW 42 Die Woche von Ed Koch

Wussten Sie eigentlich, dass in der Ukraine ein Krieg stattfindet? Am 24. Februar 2022 hat der russische Präsident Putin das Land überfallen und verfolgt seitdem das Ziel, die Ukraine in der bestehenden Form zu vernichten. Die Ukraine müsse von Nazis befreit werden, so der lupenreine Faschist Putin.

„Seit Beginn des Krieges in der Ukraine sind insgesamt fast 500.000 russische und ukrainische Soldaten getötet oder verletzt worden. Die Zahl der gefallenen russischen Soldaten werde auf bis zu 120.000 geschätzt und die Zahl der Verletzten auf 170.000 bis 180.000. In der Ukraine seien bei den Kämpfen rund 70.000 Soldaten ums Leben gekommen und 100.000 bis 120.000 verwundet worden. Einem Bericht zufolge werden 9.444 Todesfälle unter Zivilpersonen bestätigt. 16.940 Menschen seien verletzt worden.“ New York Times / MDR / ZDF

In den Medien, so **Christian Ehring** in *extra3* am Donnerstag, sei immer nur Platz für einen Krieg. Und da der Krieg in Israel seit dem 7. Oktober der aktuellere ist, muss die Aufmerksamkeit für die Ukraine in den Hintergrund rücken. In beiden Fällen handelt es sich um Angriffskriege. Das Massaker von Butscha im März 2022 ist genauso ein terroristischer Akt wie der auf Israel.

„Seit dem Angriff der palästinensischen Terrororganisation Hamas auf israelisches Staatsgebiet am 7. Oktober 2023 sind bereits mehr als 1.400 israelische Todesopfer und mehr als 4.629 Verletzte in Israel verzeichnet worden. Im Gazastreifen sind durch Gegendschläge des israelischen Militärs gegen die Hamas 3.785 Menschen gestorben, mehr als 12.500 wurden verletzt. Im Westjordanland sind seit dem 7. Oktober 79 Todesopfer bestätigt worden.“ Stand: 20.10.2023 Quelle: Statista

Die Berichterstattung über den Krieg in Israel gleicht manchmal einer Sportberichterstattung. Das hat *extra3* in seiner aktuellen Folge sehr gut herausgearbeitet. Als es um den Raketeneinschlag in ein Krankenhaus im Gaza-Streifen ging, sagte US-Präsident Biden, dass diese vom „anderen Team“ abgefeuert worden sei. Vom „anderen Team“? Der Mann hat sie doch wohl nicht alle!

„Update vom 21. Oktober, 07.40 Uhr: Immer mehr unabhängige Stellen legen Beweise vor, dass die Explosion in einem Krankenhaus im Gazastreifen durch eine fehlgeleitete palästinensische Rakete ausgelöst

wurde. Das berichtet nun auch neben anderen der TV Sender France24, der sich auf Militärkreise innerhalb der EU beruft. Während die Behörden in Gaza von fast 500 Toten sprechen, geht der US-Geheimdienst von einer Opferzahl zwischen 100 und 300 aus.“

*In den USA werden wegen der Berichterstattung über die Tragödie im Gaza-Krankenhaus schwere Vorwürfe gegen die Medien erhoben. Der Kongressabgeordnete **Dan Goldman** kritisierte die US-Medien auf Twitter. „Wenn die Medien nicht ‚unabhängig überprüfen‘ können, was auf der Grundlage von unbestreitbaren Videobeweisen, einem aufgezeichneten Gespräch zwischen zwei Terroristen, die zugeben, dass sie es getan haben, Ballistik und Lügen der Hamas - es war ein Parkplatz, kein Krankenhaus - geschehen ist, dann kann nichts ‚unabhängig überprüft‘ werden“, so das Mitglied der Demokraten.*

Quelle: Frankfurter Rundschau

Natürlich müssen die Medien über den Terrorangriff der Hamas auf Israel berichten. Warum aber der von mir sehr geschätzte *heute-journal* Moderator **Christian Sievers** extra nach Israel reisen muss, um in Tel Aviv unter anderem den dortigen ZDF-Korrespondenten zu interviewen, erschließt sich mir nicht. Das ginge auch vom Studio in Mainz.

Der Fokus der Berichterstattung liegt mir im Augenblick zu sehr auf diesen unsäglichen pro-palästinensischen Demonstrationen. Die Bilder von Bombeneinschlägen im Gaza-Streifen sind so schlimm wie alle Bilder, die das Leid des Krieges zeigen. Wieder einmal wird aber Ursache und Wirkung verwechselt. Es gäbe keinen einzigen Bombeneinschlag in Gaza, wenn nicht zuvor Israel angegriffen worden wäre.

Müssen aber Bilder gezeigt werden, wie ein totes Mädchen nach einem Raketeneinschlag in Gaza aus den Trümmern des Hauses getragen wird? Und wenn diese Bilder irgendeinen Nachrichtenwert haben sollten, wäre es angebracht, gleich danach die Ursache einzublenden und Babys mit von Hamas-Terroristen abgetrennten Köpfen in Israel zu zeigen. Es gibt in diesem Krieg, den viele Medien als „Konflikt“ bezeichnen, kein ABER. Es ist auch nicht die Zeit über Versäumnisse auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung zu diskutieren. Hier geht es um einen Terrorakt, auf den reagiert werden muss. Die Hamas hat sich im Grenzgebiet zu Israel nicht mit der Armee angelegt, sondern willkürlich Zivilpersonen ermordet, verletzt und entführt. So wie die Hamas und andere arabische Terrororganisationen Israel vernichten wollen, ist es das gute Recht von Israel, die



Hamas auszurotten. Ob das mit einer Bodenoffensive gelingt, darf aber bezweifelt werden. Ein Krebsgeschwür wie die Hamas lässt sich nicht gänzlich vernichten. Niemand weiß, wie viele Terroristen mit in den Süden Gazas gezogen sind. Dass Ägypten keine Flüchtlinge aufnimmt, ist nur allzu verständlich. Es würde sich auch Terroristen ins eigene Land holen. Dass nun Hilfsgüter von Ägypten in den Gaza-Streifen gebracht werden können, ist zu begrüßen. Denn es gibt sie auch dort, die unschuldige Zivilbevölkerung, die sich aus den Klauen der Hamas nicht befreien kann.

Auf der Sonnenallee findet derweil eine Art Stellvertreterkrieg statt. Auch diese Demonstranten, die bei uns in Freiheit leben, verkennen die Ursache. Das Palästina-Problem lässt sich nicht in Neukölln, Düsseldorf oder Hamburg lösen. Im Augenblick geht es auch gar nicht darum, sondern um fast 200 Geiseln, die von Terroristen gefangen gehalten werden. Eine Befreiung dieser Geiseln durch eine Bodenoffensive in einem Gebiet, das weitestgehend untertunnelt ist, dürfte kaum gelingen. Zwei entführte Frauen sind inzwischen freigekommen.

*Der militärische Arm der Hamas hatte mitgeteilt, die Frauen nach Verhandlungen mit Katar aus „humanitären Gründen“ freigelassen zu haben. Dies diene auch dazu, den Bürgern in den USA und der ganzen Welt zu zeigen, dass die „Behauptungen“ von Präsident **Joe Biden** und der „faschistischen“ US-Regierung über die Hamas unbegründet seien, hieß es in der Erklärung. Quelle: tagesschau*

Alles, was über die Hamas, abgesehen von ihren Terrorverbündeten, jemals gesagt wurde, stimmt. Es sind Terroristen, denen die eigene Bevölkerung völlig egal ist, womit sie sich nicht von Putin unterscheiden. Die Hamas hat kein Interesse an einer friedlichen Lösung.

Heute, am **Sonntag, dem 22. Oktober 2023**, beginnt um **14:00 Uhr** eine Solidaritätskundgebung für Israel am Brandenburger Tor. Um zu zeigen, dass die Mehrheit der Menschen gegen Antisemitismus aufsteht, hat sich ein großes zivilgesellschaftliches Bündnis zusammengetan. Es ist so breit aufgestellt, wie für kaum eine Kundgebung zuvor: Alle demokratischen Parteien des Bundestags, Deutscher Gewerkschaftsbund und Arbeitgeberverband, der Zentralrat der Juden, die evangelische und katholische Kirche, die muslimische Organisation Alhambra und viele mehr setzen gemeinsam ein Zeichen der Solidarität. Darüber hinaus haben 106 deutsche Firmen einen Aufruf verfasst: Nie wieder ist Jetzt!

Was noch?

Markus Söder hat einen tollen Vorschlag gemacht. **Olaf Scholz** soll sich von den Grünen und der FDP trennen und eine Koalition mit der Union eingehen. Natürlich ist das der übliche Populismus des Bayern, den immerhin 31 Prozent der von der *Forschungsgruppe Wahlen* für das ZDF Befragten für den besseren Bundeskanzler hielten. (Wüst 27%, Merz 23%).

In der Skala der wichtigsten Politiker rangiert Söder, trotz seines mäßigen Wahlerfolgs, auf Platz 2 hinter dem Verteidigungsminister **Boris Pistorius**. Scholz belegt (immerhin) Platz 3, Lindner 6, Habeck, einst Liebling der Nation, abgeschlagen auf Platz 8, hinter ihm nur noch Wagenknecht und Weidel. Mit der Arbeit der Bundesregierung sind nur noch 32 Prozent zufrieden, 49 Prozent meinen allerdings, dass es unter der Führung der Union nicht besser würde.

Die Sonntagsfrage sieht die Ampel gerade mal noch bei 34 Prozent (SPD 15, Grüne 14, FDP 5). Die Union käme auf 30 Prozent, die AfD auf 21 und die Linke auf fünf. **Sahra Wagenknecht** meint es tatsächlich ernst mit der Neugründung einer Partei, die BSW heißen soll, was für *Bündnis-Sahra-Wagenknecht* steht. „Ich spüre, dass es ganz viele gibt, die sich eigentlich von keiner Partei mehr vertreten fühlen“, sagte Wagenknecht laut dem mdr (Mitteldeutscher Rundfunk). Die neue Partei solle die politische Leerstelle füllen, die durch schlechte Wahlergebnisse der Linken entstanden sei und der Demokratie nicht guttue. Wagenknecht sieht sich dabei offenbar auch als *Alternative zur AfD*. SWR Aktuell

Wenn Wagenknechts Anhänger in der Fraktion aus dieser austreten, ihr Mandat aber nicht niederlegen, verliert die Linke ihren Fraktionsstatus. *Selbst der unverbesserliche Optimist Dietmar Bartsch* sieht für die Linksfraktion im Deutschen Bundestag keine Zukunft mehr. „Ich rechne damit, dass wir den Fraktionsstatus im Januar verlieren werden, wenn die neue Partei real gegründet wird“, sagt Bartsch am Freitag dem Tagesspiegel. Falls es nicht schon am Montag passiert. Tagesspiegel

Wäre es angesichts der gegenwärtigen Situation, mit zwei Kriegen, einer Flüchtlingskrise, die „Wir schaffen das“ von 2015 bei weitem übertrifft, nicht sinnvoll, eine All-Parteien-Regierung zu bilden? Mit den gespaltenen Restlinken und der AfD bliebe immer noch eine ausreichende Opposition übrig, die Bundestagsdebatten interessant blieben ließen.



Und Berlin?

Auch hier gab es in dieser Woche eine neue Umfrage. **CDU** leicht verbessert auf 29 Prozent, **SPD** minus 3,4 Punkte auf 15 Prozent, macht 44 Prozent für die jetzige Koalition. Das würde nicht reichen. Die **Grünen** verbessern sich leicht auf 19 Prozent, während die **FDP** mit vier Prozent draußen bliebe. Die **Linke** verliert 2,2 Punkte und landet auf zehn Prozent, während die **AfD** als Sieger aus der Umfrage hervorgeht: 5,9 Punkte Plus = 15 Prozent.

Eigentlich könnte Kai Wegner zufrieden sein. Die CDU des Regierenden Bürgermeisters ist in der Sonntagsfrage des Berlin Trends der Morgenpost und der RBB-Abendschau mit 29 Prozent die mit Abstand stärkste Partei. Allerdings hat Wegner dennoch ein Problem: Sein schwarz-roter Senat mit seiner pragmatischen Politik als Kontrast zum Dauerstreit von Rot-Grün-Rot ist in der Stadt keineswegs so beliebt, wie er es gerne hätte. Die Berlinerinnen und Berliner sind nach einem halben Jahr im Amt mit dem neuen Senat ebenso wenig zufrieden, wie sie das mit den Vorgängerregierungen waren. Die Werte für Wegners Team liegen sogar noch unter denen von SPD-Frau Franziska Giffey und ihren Senatskollegen, die Infratest dimap im November 2022 gemessen hatte. Mit der schwarz-roten Regierung sind aktuell 27 Prozent sehr zufrieden oder zufrieden, 68 Prozent gaben ein negatives Votum ab. Im November bewerteten 30 Prozent den damaligen Giffey-Senat insgesamt positiv, 66 Prozent zeigten sich weniger oder gar nicht zufrieden. Berliner Morgenpost

Berlin verschuldet sich weiter

Irgendwie könnte man den Eindruck gewinnen, dass uns die Schweden nicht mehr mögen. Nach zähen Jahren über den Konzessionsstreit um das Stromnetz, verkaufte es Vattenfall ziemlich genervt an Berlin. Die Rekommunalisierung wurde entsprechend gefeiert. Ein 2,2 Milliarden-Euro-Deal, der Berlins Kassen noch lange belasten wird.

Und nun will sich Vattenfall auch noch aus dem Wärmegeschäft herausziehen. Am Freitag meldete der Konzern: „Vattenfall und das Land Berlin haben heute eine Absichtserklärung unterzeichnet, mit der sie exklusive Verhandlungen über eine mögliche Transaktion der Vattenfall Wärme Berlin AG und deren Tochtergesellschaften vereinbaren. Eine Entscheidung seitens Vattenfall über den Verkauf wird wie geplant noch in diesem Jahr erwartet.“

„Das Wärmegeschäft von Vattenfall in Berlin beschäftigt rund 1.700 Mitarbeitende und versorgt rund 1,4 Millionen Wohneinheiten mit Warmwasser und Wärme. Vattenfall besitzt und betreibt 10 Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK) sowie 105 kleine Blockheizkraftwerke und verschiedene andere Anlagen. Das Wärmenetz in Berlin hat eine Gesamtlänge von über 2.000 Kilometer. Im Zuge der Energiekrise und der Heizungsgesetzesdiskussion in Deutschland ist die Nachfrage nach Fernwärmeanschlüssen in Berlin zuletzt um rund 70 Prozent gegenüber den Vorjahren gestiegen.“

In der Berliner Rundschau, Parteizeitung der CDU, wird Finanzsenator **Stefan Evers** als „Mann ohne Geld“ bezeichnet. Dennoch wird es vermutlich wieder irgendein Sondervermögen geben, aus dem ein paar Milliarden nach Schweden fließen werden.

Die Grünen haben sich auch zum Thema geäußert. Fraktionschef **Werner Graf** sagt: „Dass Berlin nun in Verhandlungen mit Vattenfall über die Rekommunalisierung der Fernwärme eintritt ist eine gute Nachricht und eine große Chance, die Wärmeversorgung in Berlin klimaneutral umzubauen. Der nun bevorstehende Umbau des Fernwärmenetzes ist eine große Herausforderung und wird größte Kraftanstrengungen benötigen. Dabei ist es entscheidend, dass wir Wärmetechnologien nutzen, die eine klimaneutrale Versorgung ermöglichen: Abwärme, Wärmepumpen und Geothermie. Dies wird große Investitionen benötigen, die auch mit hohen Kosten verbunden sind. Diese darüber hinaus anfallenden Kosten müssen sich unbedingt im Kaufpreis des Fernwärmenetzes widerspiegeln.“

Apropos Klima. Am Donnerstag fand auf dem EUREF-Campus die „Auftrittskonferenz zur Weiterentwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Berlin“ statt. Das war eine hochkarätig besetzte Veranstaltung mit über 300 Teilnehmenden, vom Bundeskanzler über den Regierenden Bürgermeister, drei Bundesministerinnen, Berliner Senatsmitglieder, Bundestagsabgeordnete und weitere Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Sport und Kultur sowie von Vereinen, Kommunen, Kirchen und Gewerkschaften. Vielleicht ist es mir bei meiner Presseschau entgangen, aber auch bei Google finde ich keine Berichterstattung über diese Konferenz. Gegenüber des Podiums war ein Kamerapodest aufgebaut worden, auf dem aber keine einzige Kamera stand. Das Thema scheint wohl nicht so wichtig zu sein. Wenigstens hat „die bedeutendste Publikation jenseits des S-Bahn-rings“ (Zitat Christian Gaebler) ausführlich berichtet.